



Karin Strenz MdB

Brief aus Berlin (26)

Ihre direkt gewählte Bundestagsabgeordnete

Liebe Leser,

mit meinem „**Brief aus Berlin**“ informiere ich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis regelmäßig über die Arbeit im Deutschen Bundestag. Im Mittelpunkt stehen hier bundespolitische Themen, über die ich immer brandaktuell am Ende einer Sitzungswoche berichten möchte. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

#StarkerStaat – Für einen sicheren Rechtsstaat

Der Begriff „Sicherheit“ steht sehr häufig im Zentrum politischer Debatten. Es hat sich zu einem zentralen Wertebegriff in unserer Gesellschaft entwickelt, wobei gerade die Justiz und Polizei die tragenden Säulen



unseres Rechtsstaats sind. Fakt ist: **Regeln müssen durchgesetzt und Verstöße müssen geahndet werden.** In letzter Zeit wurde man vor allem in den sozialen Medien mit populistischen Äußerungen konfrontiert, die den deutschen Rechtsstaat als schwach dargestellt haben. Aus diesem Grund hat die Unionsfraktion die Kampagne #StarkerStaat ins Leben gerufen. Als erster Schwerpunkt wird die Clan-Kriminalität thematisiert. Durch mehr Personal bei der Polizei und Justiz, einer Verschärfung des Strafrechts und effizienteren Verfahren, wie z.B. dem Einziehen unklarer Vermögenswerte, wurden die Clans dort getroffen, wo es weh tut, nämlich beim **Geld**, was bereits Wirkung gezeigt hat. Weitere Themen werden die „Gewalt gegen Polizeibeamte“, die „Sicherheit im digitalen Raum“, die „Einbruchskriminalität“ sowie die „Rechtsdurchsetzung“ sein. Diskutieren Sie mit und schicken Sie mir Ihre Vorschläge. Mehr Info's finden Sie **HIER**.

TSVG – Terminservice- und Versorgungsgesetz

Schnellere Termine und eine bessere Versorgung. Genau hierüber wurde am Donnerstag im Deutschen Bundestag abgestimmt. Ich habe bereits in einem meiner vergangenen „Briefe aus Berlin“ über diesen Gesetzesentwurf berichtet, der ganz klar zum Ziel hat, dass gesetzlich Versicherte schneller an einen Arzttermin kommen. Wie kann dies nun umgesetzt werden? Das Mindestsprechstundenangebot soll für Patienten von 20 auf 25 Stunden pro Woche erhöht werden. Zudem sollen Servicestellen, die schon heute dabei helfen, dass Patienten einen Termin bekommen, ausgebaut werden. Über die bundesweit einheitliche Nummer 116117 wird an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr eine Telefon-



www.strenz.de





Karin Strenz MdB

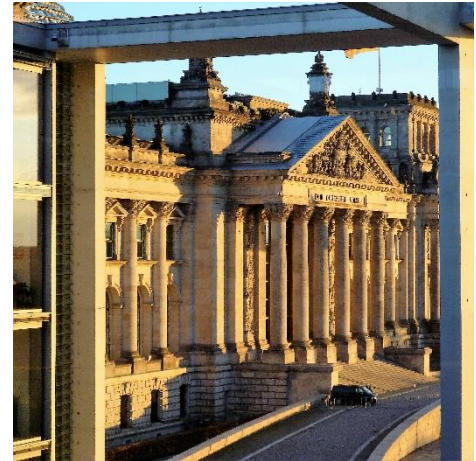
Brief aus Berlin (26)

Ihre direkt gewählte Bundestagsabgeordnete

Hotline erreichbar sein. Ebenso ist ein Ausbau der Online-Terminvergabe vorgesehen, was mit Hilfe einer App, über die Termine mit dem Smartphone bequem von zu Hause gebucht werden können, umgesetzt werden soll. Was mich persönlich besonders freut ist, dass das Gesetz eine **Verbesserung der Versorgung auch in ländlich geprägten Regionen** vorsieht. Ärzte auf dem Land sollen künftig obligatorisch Zuschläge erhalten. Immer dort, wo es zu wenig Ärzte gibt, sollen Patientenbusse, mobile Praxen oder digitale Sprechstunden zum Einsatz kommen, damit jeder Bürger, egal wo er wohnt, zu Recht einen gleich hohen Anspruch an medizinischer Versorgung erwarten kann.

Ein Jahr Große Koalition: eine Zwischenbilanz

Mit dem Koalitionsvertrag sind wir als Regierungskoalition vor rund einem Jahr ein Versprechen und eine Verpflichtung eingegangen. Pflicht und Kür gehören für mich zusammen – Letzteres ist uns weniger gelungen, viele Diskussionen hätte wir uns ersparen können und müssen. Bei allen unnötigen Debatten sind unsere guten Beschlüsse untergegangen. Doch gerade mit dem Blick auf die anstehende Kommunalwahl müssen wir uns über das Erreichte in Berlin nicht verstecken. Im Gegenteil, lassen Sie uns selbstbewusst über unsere Erfolge sprechen:



- ✓ Seit September 2018 gibt es das **Baukindergeld**, womit vielen jungen Familien dabei geholfen wird, sich schnell und unkompliziert niederzulassen und Wohneigentum zu erwerben.
- ✓ Wir haben das **Mietrecht** und die Regelung zum **sozialen Wohnungsbau** geändert, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.
- ✓ **Verbesserung der Pflegesituation**: Schaffung 13.000 neuer Stellen & Zahlung einer Vergütung für Auszubildende
- ✓ Das **Rentenpaket** wurde geschnürt und eine Erhöhung der Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kindern vor 1992 geboren wurden, ist beschlossene Sache.
- ✓ Kita-Ausbau: Durch das „**Gute-Kita-Gesetz**“ erhalten die Länder vom Bund bis 2022 rund 5,5 Milliarden Euro für Qualitätsverbesserung und Beitragssenkung in der Kinderbetreuung - das soll vor allem Geringverdiener bei den Beiträgen entlasten.
- ✓ Der Bund stellt 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Die **Grundgesetzänderung zur Digitalisierung der Schulen** und die damit verbundenen Finanzhilfen für die Länder müssen bei den Lehrern und Schülern auch ankommen.

In diesem Sinne,

Ihre Karin Strenz



www.strenz.de

